

PROTOKOLL

über die 37. Sitzung des **Beirates Huchting**,
am Montag, **15.06.2026 (19:00 Uhr)**, im Saal der St. Georgs Gemeinde
Kirchhuchtinger Landstraße 8 in 28259 Bremen-Huchting

vom Ortsamt:	Herr Schlesselmann, Herr Wiltchko, Herr Homann
vom Beirat:	Herr Bettermann (via Zoom), Herr Decker, Herr Diekmann, Herr Horn, Herr Knuschke, Frau Kücük (via Zoom), Herr Otten, Frau Radke (via Zoom), Herr Schnaar, Frau Schubert, Frau Thasius
entschuldigt:	Herr Grashorn, Herr Pascher, Frau Seifert, Frau Wendt
Gäste	TOP 3: Frau Bruhse und Frau Schenk (beide Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung) und Frau Kühn (Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft) TOP 4: Frau Prof. Dr. Bolte und Herr Dr. Tönnies (beide Universität Bremen)

Die Sitzung wird um 19:00 Uhr mit der Begrüßung der Gäste, der Bürgerinnen und Bürger, der Presse und der Mitglieder des Beirates Huchting eröffnet.

Die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit werden einvernehmlich festgestellt.

Tagesordnung:

1. Anfragen, Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung
2. Mitteilungen
3. Gesamtstädtisches Konzept Freiflächenphotovoltaik
4. SalusTransform, Umfrage Kirchhuchting
5. Konzept Straßenumbenennung
6. Verschiedenes

TOP 1 Anfragen, Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung

Es wurden keine Anliegen vorgetragen.

TOP 2 Mitteilungen

Veranstaltungshinweise

- Am Dienstag, 23. Juni 2026, von 13:00 bis 16:00 Uhr, findet die Eröffnung der neuen, barrierefreien Skateanlage am Sodenmattsee statt. Die Anlage bietet optimale Bedingungen für Anfänger:innen und Fortgeschrittene. Im Rahmenprogramm gibt es Skate-Vorführungen, Workshops, Graffiti und Musik. Die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung, Frau Özlem Ünsal, wird die

Anlage offiziell an den Stadtteil übergeben. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.

- Das Sodenmattseefest 2026 findet am Samstag, 27. Juni 2026, von 14:00 bis 18:00 Uhr statt. Das Fest bietet ein vielfältiges Programm für die ganze Familie mit Ständen von Vereinen und Einrichtungen, internationalem Essen, Musik sowie Spiel- und Mitmachaktionen. Für Kinder gibt es zahlreiche Attraktionen wie eine Hüpfburg, ein Spielhaus und den High-Jumper. Auf der Bühne sorgen verschiedene Programmpunkte, darunter das Open-Mic und der Chor „Young Voices“, für Unterhaltung. Ein besonderes Highlight ist das Wassersportprogramm mit Kanus auf dem Sodenmattsee, organisiert vom Wassersportverein Warturm und dem Wassersportclub Fink.

Da die nächste Beiratssitzung erst am 24.08.2026 stattfindet, hier vorab der Hinweis: Frau Senatorin Eva Högl wird als Gast erwartet und soll zu den Themen Innere Sicherheit und öffentliche Ordnung sowie zur Sport- und Bäderinfrastruktur berichten und für Fragen zur Verfügung stehen.

TOP 3 Gesamtstädtisches Konzept Freiflächenphotovoltaik

Frau Kühn (Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft, Referat Klimaschutz und Energiepolitik) sowie ihre Kolleginnen Frau Bruhse und Frau Schenk (Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung, Referat Flächennutzungsplanung) stellen das gesamtstädtische Standortkonzept für Freiflächen-Photovoltaik anhand einer Präsentation (Präsentation wird als Anlage dem Beirat Huchting zur Verfügung gestellt. Sie ist jedoch nicht auf der Homepage des Ortsamtes Huchting abrufbar.) vor. Ziel des Konzepts ist es, geeignete Flächen im Stadtgebiet Bremen für den Ausbau von Freiflächen-Photovoltaikanlagen zu identifizieren, um die politischen Ausbauziele für erneuerbare Energien (500 Megawatt (MW) bis 2030, 1000 MW bis 2038) zu erreichen.

Die Grundlage des Konzepts bildet eine Weißflächenanalyse, bei der unter Berücksichtigung zahlreicher Ausschlusskriterien (u. a. Siedlungs- und Gewerbeflächen, Schutzgebiete, Überschwemmungsgebiete) potenzielle Flächen ermittelt wurden. Im Ergebnis wurden 21 Eignungsflächen in 13 Stadtteilen mit einem Gesamtpotenzial von ca. 400 Hektar identifiziert. Diese Flächen wurden in Form von Steckbriefen näher bewertet und dokumentiert.

Das Konzept dient als städtebauliches Entwicklungskonzept nach Baugesetzbuch und bildet die Grundlage für weitere Bauleitplanverfahren. Es ist ausdrücklich als informelle Beteiligung des Beirats zu verstehen, um frühzeitig Hinweise und Anregungen aus dem Stadtteil in die weitere Planung einfließen zu lassen.

Im Anschluss wurden die beiden im Stadtteil identifizierten Flächen anhand der Steckbriefe vorgestellt. Dabei wurde erläutert, wie die Flächen ausgewählt und bewertet wurden. Die Bewertung erfolgte auf Basis vorhandener Daten zu Naturschutz, Landschaftsbild, Erholungsfunktion, Eigentumsverhältnissen und weiteren stadtplanerischen Aspekten. Es wurde betont, dass die endgültige Eignung einer Fläche erst im Rahmen konkreter Bauleitplan- und Genehmigungsverfahren geprüft wird, in denen u. a. auch Gutachten zu Blendwirkung, Artenschutz und Netzanschluss einzuholen sind.

Im Anschluss an die Vorstellung entwickelte sich eine ausführliche Diskussion im Beirat und mit anwesenden Bürger:innen. Thematisiert wurden insbesondere:

- Die Auswirkungen von Freiflächen-Photovoltaikanlagen auf Anwohner:innen, das Landschaftsbild und die Erholungsfunktion der betroffenen Flächen.
- Die technische Umsetzbarkeit, insbesondere hinsichtlich Netzanschluss und Wirtschaftlichkeit.
- Die Eigentumsverhältnisse der Flächen und die Frage, ob Anlagen durch die öffentliche Hand oder private Investoren realisiert werden.
- Möglichkeiten der finanziellen Beteiligung des Stadtteils an den Erträgen aus Photovoltaikanlagen (z. B. über den Bremer Umwelt- und Naturschutzfonds).
- Die Rolle von Dachflächen und versiegelten Flächen im Verhältnis zu Freiflächen-PV sowie die Umsetzung der PV-Pflicht auf öffentlichen Gebäuden.
- Die Berücksichtigung bestehender Entwicklungskonzepte, früherer Planungsprozesse und bereits abgelehnter Vorhaben (z. B. im Park links der Weser, am Flughafen).
- Die Abwägung zwischen dem überragenden öffentlichen Interesse am Ausbau erneuerbarer Energien und anderen Belangen wie Naturschutz, Hochwasserschutz und Erholung.

Es wurde deutlich, dass insbesondere die Nutzung von Grünflächen für Photovoltaik im Stadtteil kritisch gesehen wird, da diese Flächen für Erholung und Naturschutz von hoher Bedeutung sind. Gleichzeitig wurde anerkannt, dass der Ausbau erneuerbarer Energien notwendig ist und ein Abwägungsprozess zwischen verschiedenen Interessen erfolgen muss.

Die Verwaltung betonte, dass der Beirat nicht nur informiert, sondern aktiv um eine schriftliche Stellungnahme gebeten wird. Diese Stellungnahme soll die im Beirat diskutierten Hinweise und Bedenken aufnehmen und wird in die weitere Bearbeitung des Konzepts einfließen. Auch im weiteren Planungs- und Genehmigungsverfahren (z. B. bei der Aufstellung von Bebauungsplänen) wird der Beirat erneut beteiligt und kann Stellung

nehmen. Die Öffentlichkeit wird ebenfalls im Rahmen der gesetzlichen Beteiligungsverfahren einbezogen.

Der Beirat begrüßte die frühzeitige Information und Beteiligung, äußerte jedoch deutliche Vorbehalte gegenüber der Nutzung von Grünflächen für Freiflächen-Photovoltaik im Stadtteil. Es wurde vereinbart, die schriftliche Stellungnahme im Nachgang der Sitzung im Umlaufverfahren zu erarbeiten und der Verwaltung zuzuleiten. Die Verwaltung sagte zu, die Hinweise und die Stellungnahme des Beirats zu berücksichtigen und über den Fortgang des Verfahrens zu berichten.

Nachtrag:

Folgender Beschluss wurde als Stellungnahme im Nachgang an die zuständigen Stellen versendet:

In dem Konzeptentwurf sind für Huchting zwei Eignungsflächen für Freiflächenphotovoltaikanlagen ausgewiesen:

- ***Nr. 94 zwischen Ochtum und Flughafen***
- ***Nr. 97 Park links der Weser 3***

- 1. Der Beirat Huchting lehnt die Ausweisung der Fläche Nr. 97 als Fläche für Freiflächenphotovoltaikanlagen ab.***
- 2. Der Beirat Huchting nimmt die Ausweisung der Fläche Nr. 94 als geeignete Fläche für Freiflächenphotovoltaikanlagen zur Kenntnis.***

Begründung:

a) *Nutzung versiegelter Flächen versus Freiflächen*

Der Beirat Huchting befürwortet ausdrücklich den Ausbau von erneuerbaren Energien wie der Photovoltaik.

Bei der Photovoltaik sollte sich Bremen angesichts der wenigen Frei- bzw. Grünflächen im Stadtstaat auf versiegelte Flächen wie Parkplätze insbesondere aber auf Dachflächen konzentrieren. Es gibt zahlreiche, geeignete, aber ungenutzte Dachflächen von Gewerbeimmobilien, Schulen, Sporthallen, Verwaltungsgebäuden, Mehrparteienwohnhäusern etc. So würden versiegelte bzw. bebaute Flächen nachhaltig und sinnvoll für die Energieerzeugung genutzt.

Außerdem würden auf diese Weise nicht wertvolle, begrenzt vorhandene Frei- bzw. Grünflächen in Anspruch genommen werden.

Ein weiterer Vorteil wäre, dass in den Bereichen bereits Leitungen und Infrastruktur liegen oder im Bedarfsfall schneller und kostengünstiger erweitert werden könnten, als es bei Freiflächenphotovoltaikanlagen im Außenbereich der Fall wäre. Dort müssten Erschließung/Zufahrt sowie Anschlüsse, Versorgungsleitungen und ggf. Transformatoren erst noch gebaut werden.

Eigentümerinnen/Eigentümer, Pächterinnen/Pächter, Mieterinnen/Mieter (Mieterstrom) und auch die Nachbarschaft könnten von solchen Anlagen besonders profitieren. Diese Möglichkeiten und Synergien bestehen bei Photovoltaikanlagen

im Außenbereich nicht.

- b) *Umwelt Bundesamt - Stärkere Ausrichtung der Flächenkulisse an Umweltbelangen*
Zitat UBA: Freifläche ist nur begrenzt verfügbar. Ihre Nutzung sollte daher effektiv und unter Berücksichtigung der unterschiedlichen, an sie gestellten Ansprüche erfolgen. In einem Forschungsprojekt im Auftrag des Umweltbundesamtes wurden Kriterien für eine umweltverträgliche Standortsteuerung für den weiteren Ausbau der Solarenergie herausgearbeitet: PV-FFA sollten vorrangig außerhalb von ökologisch hochwertigen oder geschützten Flächen und stattdessen auf versiegelten (z. B. Parkplätze) oder vorbelasteten Flächen (z. B. Altlastenstandorte, Deponien, Halden, stillgelegte Tagebau- oder Konversionsflächen, Seitenflächen von Autobahnen) ohne besondere ökologische Funktion errichtet werden.
- c) *Siedlung Grolland I*
Die Siedlung Grolland I (Nord) liegt unmittelbar an der dargestellten Fläche Nr. 97. Diese hat eine hohe bis sehr hohe bioklimatische Bedeutung für die Siedlung. Es muss bei einer Nutzung der Flächen für Photovoltaik von einer starken Hitzeentwicklung durch Sonneneinstrahlung (Elemente von PV-Anlagen werden bis zu 70 Grad Celsius heiß) ausgegangen werden. Infolgedessen trägt der vorherrschende Westwind die Wärme von der Fläche Nr. 97 in die Wohnbebauung des Ortsteils Grolland. Dies widerspricht der bioklimatischen Funktion der Fläche. Es wird erinnert, dass seitens des Umweltressorts Wert auf „Kaltluftschneisen“ gelegt wird und angesichts der klimatischen Veränderungen gelegt werden muss. Des Weiteren ist mit Blendwirkungen durch die unmittelbare Nähe der Siedlung zu rechnen.
- d) *Landschaftsbild und Natur erleben*
Durch die großflächige Freiflächenphotovoltaikanlage auf einer Fläche von 10 ha und damit beinahe auf dem gesamten Areal östlich der Ochtum und zwischen der Bahntrasse und B75 würde das Landschaftsbild und die weitreichende Sicht über die Grünflächen erheblich beeinträchtigt werden.
- e) *Park links der Weser*
Auch wenn die Fläche Nr. 97 selbst als Fläche für Landwirtschaft im Flächennutzungsplan dargestellt ist, gehört sie zum Park links der Weser. Die Belegung der Fläche mit einer derart großen Freiflächenphotovoltaikanlage stört die Naherholungsfunktion des Parks links der Weser enorm. Die stark frequentierten Fuß- und Radwege u.a. auf dem Ochtum-Deich grenzen direkt an das betreffende Areal. Dieses Areal sollte stärker in das Gefüge des öffentlichen Landschaftsparks, welcher vom Park links der Weser e.V. verwaltet wird, einbezogen werden.
- f) *Ökologie und Biodiversität*
In den genannten Bereichen und deren Umfeld sind teilweise Biotop ausgewiesen. Das gesamte Areal sollte als Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen werden. Entsprechende Überlegungen hat es seitens der zuständigen Behörden schon

*gegeben. Diese sollten weiterfolgt und zeitnah umgesetzt werden.
Es wurden inzwischen Kiebitze in diesem Bereich gesichtet.
Es wird insoweit auf b) verwiesen.*

g) Landschaftsprogramm Bremen

Ziel und Maßnahmenkonzept Lapro (Plan 1): Offene Grünland-Graben-Komplexe, Mosaik verschiedener Nutzungsintensitäten, -typen und -zeitpunkte; Gründeiche mit extensiv gepflegten Abschnitten

Maßnahmen Erholung/Landschaftserleben Lapro (Plan 2): Erholungsflächen mit allgemeiner Bedeutung; ortsteilübergreifende Grünverbindung auf dem Deich

Die Ausweisung der Fläche Nr. 97 für Freiflächenphotovoltaikanlagen widerspricht den Zielsetzungen des von der Bremischen Bürgerschaft beschlossenen Landschaftsprogramms Bremen.

h) Träger öffentlicher Belange und betroffene private Träger

Es ist zu prüfen, inwieweit Träger öffentlicher Belange Einwände gegen die Planungen haben oder ob diese Maßnahmen auf den ermittelten Flächen planen. Private Träger wie der Park links der Weser e.V. sind zu beteiligen.

i) Steckbrief Kriterien

Die Beschreibung der Fläche Nr. 97 im Steckbrief als technisch überprägtes Landschaftsbild ist unzutreffend. Auf dem Areal oder in dessen Umfeld sind technische Anlagen nicht bzw. kaum wahrnehmbar.

j) Abwägung Interessen

Nach Abwägung der Interessen - der Erzeugung regenerativer Energie einerseits und des öffentlichen Interesses an bioklimatisch gesunden Lebensbedingungen in Grolland und damit im direkten Umfeld, Erhalt der Erholungsfunktion der Fläche Nr. 97 im Zusammenhang mit dem gesamten Park links der Weser, den Zielsetzungen des Landschaftsprogramms Bremen, Ökologie und Biodiversität, der sinnvollen und angezeigten Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet inkl. der Schutzwürdigkeit sowie Schutzbedürftigkeit und des Vorrangs von versiegelten (z. B. Parkplätze) oder vorbelasteten Flächen für Freiflächenphotovoltaik laut Umweltbundesamt andererseits - überwiegen die Interessen gegen eine Darstellung als Eignungsfläche für Freiflächenphotovoltaikanlagen eindeutig. Daher lehnt der Beirat Huchting die Darstellung der Fläche Nr. 97 als Eignungsfläche für Photovoltaik ab.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen und eine Enthaltung

TOP 4 SalusTransform, Umfrage Kirchhuchting

Zu Beginn des Tagesordnungspunkts begrüßte der Sitzungsleiter Frau Prof. Dr. Bolte und Herr Dr. Tönnies vom Institut für Public Health und Pflegeforschung der Universität Bremen. Sie stellten das Forschungsprojekt „SalusTransform“ vor, dass in den Städten Bremen, Bochum und Wuppertal durchgeführt wird. Ziel des Projekts ist es, die Auswirkungen von Stadtentwicklungsmaßnahmen auf die Lebensbedingungen und die

Gesundheit der Bevölkerung zu untersuchen. Im Fokus steht dabei der Ortsteil Kirchhuchting.

Das Projekt umfasst verschiedene Erhebungs- und Auswertungsphasen:

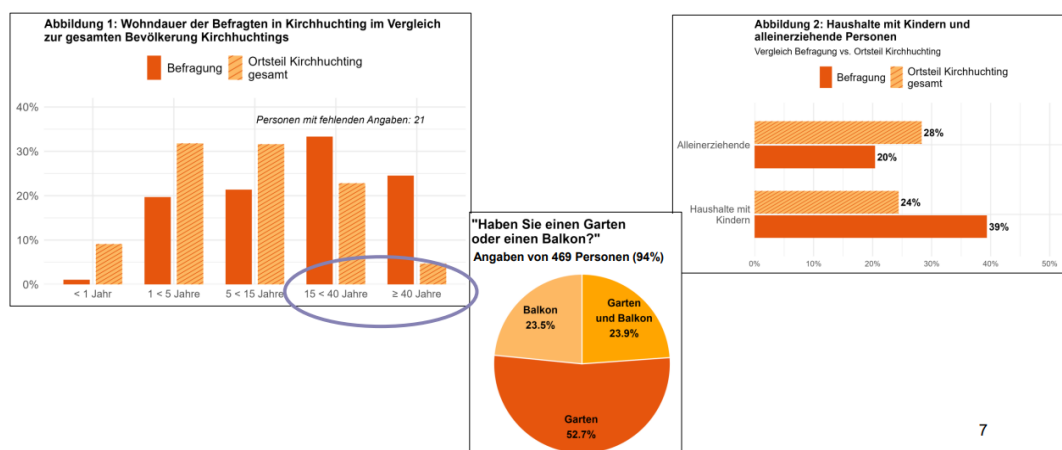
- Im Sommer 2025 wurde eine Online-Befragung aller volljährigen Einwohner:innen Kirchhuchtings durchgeführt (7.190 Angeschriebene, 498 verwertbare Rückläufe, Rücklaufquote 6,9 %).
- Neben Befragungen werden auch Sekundärdaten (z. B. Bevölkerungsentwicklung, Arbeitslosenquote, Bildungsdaten) ausgewertet und Begehungen zur Verkehrsinfrastruktur sowie Messungen zur Luftqualität (Feinstaub) durchgeführt.
- Die Befragung wird 2027 wiederholt, um Veränderungen im Zeitverlauf zu erfassen.

Frau Prof. Dr. Bolte und Herr Dr. Tönnies präsentierten zentrale Ergebnisse:

- Die Stichprobe war im Durchschnitt älter als die Gesamtbevölkerung in Kirchhuchting, Personen mit höherem Bildungsniveau und längerer Wohnzeit waren überrepräsentiert.
- Die Mehrheit der Befragten lebt in Haushalten mit Garten oder Balkon.



Teilgenommen haben eher diejenigen, die schon länger in Kirchhuchting leben.



- Positiv bewertet wurden die Erreichbarkeit von ÖPNV, Apotheken, Arztpraxen und Lebensmittelgeschäften sowie das Vorhandensein von Grünflächen und Bürgersteigen.
- Kritisch gesehen wurden die Qualität der Radwege, das Sicherheitsgefühl beim Zufußgehen (insbesondere abends), das Angebot an sozialen Treffpunkten und Beratungsstellen sowie die Sauberkeit (Müllproblematik).

- Als größte Beeinträchtigungen wurden Verkehrslärm, Müll im Wohnumfeld und Luftverschmutzung genannt.

Abbildung 1: Zustimmung zu Merkmalen des Wohnumfelds
Anteil derer, die den Aspekten zustimmen, in Prozent



- Die Identifikation mit dem Ortsteil ist bei vielen Befragten hoch, die Attraktivität des Stadtteils wird jedoch weniger positiv eingeschätzt.
- Viele Befragte halten Beteiligung für wichtig, tatsächlich aktiv werden aber deutlich weniger.

Diskussion und Rückmeldungen aus dem Beirat

Im Anschluss an die Präsentation folgte eine ausführliche Diskussion:

- Mehrere Beiratsmitglieder äußerten Zweifel an der Repräsentativität der Umfrage, da der Rücklauf mit 6,9 % als eher gering empfunden wurde. Es wurde angemerkt, dass insbesondere Bewohner:innen aus Mietwohnungsblöcken und mit Migrationshintergrund offenbar weniger erreicht wurden. Die Befragten waren überwiegend älter, mit höherem Bildungsniveau und lebten häufiger in Eigenheimen mit Garten.
- Die Projektverantwortlichen erläuterten, dass der Fragebogen in mehrere Sprachen übersetzt und auch in einfacher Sprache angeboten wurde. Dennoch blieb der Anteil nicht-deutschsprachiger Teilnehmender sehr gering. Es wurde zugesichert,

für die nächste Befragung weitere niedrigschwellige und zielgruppenspezifische Ansprachewege zu prüfen (z. B. über Social Media, vor Ort im Roland-Center, in Nachbarschaftstreffs oder mit kleinen Anreizen).

- Es wurde angeregt, die Themen Sicherheit, Sauberkeit und Verkehr in der nächsten Befragung noch gezielter und differenzierter abzufragen.
- Die Wissenschaftler:innen betonten, dass die Rücklaufquote im Vergleich zu ähnlichen Studien durchaus im üblichen Bereich liegt und die Ergebnisse im Kontext der anderen Untersuchungsgebiete vergleichbar sind. Verzerrungen durch die Zusammensetzung der Stichprobe werden in der Auswertung transparent gemacht.
- Die besondere Situation in Kirchhuchting durch die Großbaustelle wurde als Einflussfaktor auf die Ergebnisse anerkannt. Es wurde vorgeschlagen, die nächste Befragung zeitlich so zu legen, dass die Bauarbeiten möglichst abgeschlossen sind, um Veränderungen im Stimmungsbild besser abbilden zu können.
- Es wurde nachgefragt, wie die Ergebnisse konkret weiterverwendet werden und ob daraus Handlungsbedarf für Verwaltung und Politik abgeleitet wird. Die Projektleitung betonte, dass die Ergebnisse sowohl an die Verwaltung als auch an die lokalen Gremien zurückgespielt werden und als Grundlage für weitere Diskussionen und mögliche Maßnahmen dienen sollen.
- Die Frage nach Unterschieden zwischen Stadtteilen mit und ohne Integriertes Entwicklungskonzept (IEK) wurde aufgegriffen. Hierzu können belastbare Aussagen erst nach Abschluss der zweiten Befragungsrunde und weiterer Auswertungen getroffen werden.
- Es wurde angeregt, künftig auch das Engagement in Vereinen, Nachbarschaftsinitiativen und anderen nicht-politischen Beteiligungsformen stärker zu erfassen, um ein umfassenderes Bild der Beteiligungskultur im Stadtteil zu erhalten.
- Die Identifikation mit dem Ortsteil wurde diskutiert. Es wurde angemerkt, dass sich viele Bewohner:innen eher als „Huchtinger“ denn als „Kirchhuchtinger“ verstehen.
- Das Thema gefühlte Sicherheit wurde als wichtiger Ansatzpunkt für weitere Maßnahmen gesehen, auch wenn objektiv wenig Kriminalität vorliegt.
- Die Ergebnisse zu Verkehr, Lärm und Müll wurden als Bestätigung für bekannte Problemlagen im Stadtteil gewertet.

Die Projektverantwortlichen bedankten sich für die konstruktiven Hinweise und die Bereitschaft zum weiteren Austausch. Die nächste Befragung ist für 2027 geplant, die Ergebnisse werden erneut im Beirat vorgestellt und öffentlich zugänglich gemacht.

Weitere Informationen zum Projekt sind auf folgender Seite abzurufen:

<https://www.uni-bremen.de/salustransform>

TOP 5 Konzept Straßenumbenennung

1. Der Beirat Huchting begrüßt den Konzeptentwurf zum Verfahren von Straßenumbenennungen, die Handreichung zur dialogorientierten Beteiligung und das Leitbild zur Bürgerbeteiligung, welches von der Senatskanzlei übermittelt wurde. Einzelheiten und die konkrete Umsetzung in Bezug auf die Beteiligung der Bevölkerung sollte den Beiräten überlassen bleiben.
2. Der Beirat stellt in diesem Zusammenhang fest, dass das Entscheidungsrecht der Beiräte nach § 10 Abs. 1 Nr. 8 BeirOG für Straßenbenennungen und -umbenennungen nicht angetastet werden darf und die Zuständigkeit vor Ort bei den Beiräten verbleiben muss. Eine etwaige Änderung des Ortsgesetzes wird entschieden abgelehnt.
3. Der Beirat Huchting unterstützt gleichzeitig die folgenden Forderungen der Beiräte Findorff, Gröpelingen und Walle:
Konkret sollte das Konzept mindestens folgende Punkte berücksichtigen:
 - Übernahme der Gebühren, die für Änderungen von Fahrzeugscheinen (regulär 12 €), Gewerbeummeldungen (regulär 18 €) und sonstige notwendige Ummeldungen entstehen.
 - Automatische Ummeldung aller Anwohnenden mit Zustellung neuer Meldebescheinigungen (nach dem Vorbild der Stadt München).
 - Erweiterte Sprechzeiten des Bürgerservice im zuständigen Ortsamt für notwendige Ummeldungen.
 - Festlegung verlängerter Fristen für Ummeldungen, die nicht automatisch vorgenommen werden können.
 - Regelung einer Übergangsbeschilderung mit dem alten, durchgestrichenen Straßennamen für einen Zeitraum von mindestens sechs Monaten.
 - Verfahren zur zeitnahen Information von Anbieter:innen von Navigationssystemen, Taxidiensten, Rettungsdiensten und anderen relevanten Akteuren.
 - Transparente und verlässliche Information über das Umsetzungskonzept und seine Verfahren für Anwohnende, Gewerbetreibende und Eigentümer:innen in geeigneter Form.
4. Der Beirat beantragt insoweit die Beratung und Beschlussfassung der vorstehenden Punkte in der Beirätekonzferenz.
5. Der Beirat Huchting beantragt die Beratung und Beschlussfassung der vorstehenden Punkte in der Stadtbürgerschaft.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen

TOP 6 Verschiedenes

Es wurden keine Themen vorgetragen.

Ende der Sitzung um 21:30 Uhr

Herr Knuschke
(Beiratssprecher)

Herr Schlesselmann
(Sitzungsleiter)

Herr Homann
(Protokoll)